

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Wer resigniert, verliert

Wie Rot-Grün weiter reformieren kann, ohne die Bürger zu verschrecken

*** Josef Joffe ***

Nimmt sich die Republik eine Auszeit auf dem Weg ins 21. Jahrhundert? 14 Wahlen in diesem Jahr sagen "ja". Dito der Kanzler: "Die Belastungsgrenze der Bürger durch Reformen ist erreicht." Sein Knappe Olaf Scholz legt nach: "Wir haben das Notwendige getan." Gemäß klassischer deutscher Choreografie drängen sie nun alle auf die Bühne. "Selbsttäuschung!", rufen die Grünen, "Kein Hin und Her!", mahnt Joschka Fischer. FDP-Westerwelle kräht: "Feigheit!" SPD-Fraktionschef Müntefering verteilt Tranquilizer: "Die Reformen gehen weiter, nur weniger hektisch."

"Hektisch" hat diese Regierung nur Fehler auszuräumen versucht, die in der Hektik geboren wurden - von der Maut bis zur Pflege. Noch im Wahlkampf 2002 hat sie den Deutschen Schutz vor den Stürmen des Wandels vorgegaukelt. Dann hat sie mit der Agenda das Steuer nur um ein paar Grad gedreht. Dennoch: Ehre, wofür Ehre gebührt. Dieser Kanzler hat 2003 einen historischen Prozess ausgelöst. Er hat an einer Kultur gerüttelt, die das Ist zum Sanktum, das Mehr zum elften Gebot verklärt hatte. Er hat erkannt, dass die totale Daseinsfürsorge den geschlossenen Nationalstaat voraussetzt, der sich um Lohn-, Steuer- und Regulierungsgefälle nicht kümmern muss.

Der aber ist nach allen Seiten offen - und obwohl Schröder das weiß, will er alle Viere von sich strecken? Die Wahlen, die Wahlen ... Richtig ist, dass keine Regierung die Pflicht hat, sich zu entleiben, um in die

Geschichtsbücher einzugehen. Richtig aber ist auch, dass sie das Gute tun kann, ohne sich dabei ein frühes Grab zu schaufeln.

Vorweg muss sich Rot-Grün aus dem tödlichen Diskurs befreien, der besagt: "Es muss uns allen schlechter gehen, damit es uns irgendwann besser geht." So geraten Rente, Gesundheit, Sozialhilfe ins Visier - und das Wahlvolk schreit auf: "Gürtel enger? Nicht bei mir!" So summieren sich die Verlustängste zu den 75 Prozent der Wähler, die der SPD den raschen Abgang wünschen. Das Schicksal des Absteigers Deutschland verblasst im Kalkül. Die Wähler krallen sich an ihre Ansprüche, die Gewählten an ihre Macht.

Otto Rehhagel fragen

Eine Regierung hat aber sehr wohl die Pflicht, widerborstige Eigeninteressen bekömmlich zu vereinen. Führung heißt: nicht die Verluste, sondern die Gewinne dramatisieren - nicht die Schwächen, sondern die Stärken, nicht die Angst, sondern den Ansporn, nicht die Wehmut, sondern die Zukunft, die - und jetzt ein kleiner Stachel - sonst an den Deutschen vorbeiziehen wird. Wenn's die Redenschreiber nicht packen, können sie bei Churchill, de Gaulle und Kennedy nachschlagen. Zu getragen? Dann Otto Rehhagel fragen. Jeder Fußballtrainer weiß, wie man ein Team motiviert, warum nicht auch der Kanzler?

Helmut Schmidt hat "Visionen" einst

auf die Couch des Psychiaters verbannt. Doch gibt es einen zweiten Weg, der besser zu Schröders Naturell passt als Visionen. Das sind Reformen, die im 14-Wahlen-Jahr den wundersamen Vorteil haben, niemandem etwas wegzunehmen.

Gerade unter der neuen Losung "Innovation" liefert der Wissenschaftler Mathias Tschöp, der aus den USA zurückgekehrt war, ein hübsches Beispiel. An seinem Institut wollte er einen gebrauchten Computer bestellen. "Man musste vier Seiten ausfüllen, der Antrag aber wurde abgelehnt wegen eines Fehlers im Absatz 342." Heute arbeitet er in Cincinnati, einer von 400 000 europäischen Wissenschaftlern in Amerika.

Es geht also nicht nur um Geld, sondern um Befreiung von bürokratischem Müll. Und von Regeln, die verhindern, dass die Industrie den geizigen Staat ersetzt. "Fast jeder Kontakt zur Industrie wird kriminalisiert", berichtet Dieter Nabert, Chef einer Hamburger Uni-Klinik, in Time. Der Deutschen liebste Musterbeispiele Harvard und Stanford wären viel kleinere Leuchttürme, wenn sie diese Quelle nicht anzapfen dürften.

Dass die deutschen Universitäten bald Geld von ihren Studenten nehmen dürfen, ist so sicher wie das Amen nach dem Vaterunser - oder wie die 3000 Pfund für die verarmten britischen Unis, die Tony Blair durchgedrückt hat. Aber erst muss das Verbotsgesetz der Frau Bulmahn (SPD) weg; bitte notieren,

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Herr Kanzler. Inzwischen sollte die Augenwischerei mit der "Eliteuniversität" aufhören; mit 50 Millionen Euro extra pro Jahr wird die Humboldt nicht einmal das Niveau einer guten US-Staatsuniversität wie Michigan erreichen.

Nein, auch hier gilt vorweg das Prinzip der Selbstentfesselung, und die kostet keinen Cent. Das Rezept ist so oft durchgekaut worden, dass die Wiederholung nervt. Das Ziel muss sein, Breiten- und Berufs- von der wissenschaftlichen Ausbildung (graduate school) zu trennen. Alle drei Aufgaben sind wichtig, aber wenn sie alle zusammen angepackt werden, werden das Seminar, das Labor zur Zwergschule: Die einen werden nicht gefordert, die anderen nicht gefördert.

Differenzierung im Inneren wie zwischen den Universitäten aber setzt Hochschulrahmengesetze voraus, die endlich erlauben, was in Amerika Routine ist - einen breiten Fächer von 3500 Institutionen, die vom für jedermann erschwinglichen Junior College bis zu Harvard & Co. reichen. Dazu gehören natürlich der sattsam beschworene Wettbewerb um Mittel, Lehrer und Studenten, die Selbstverantwortung für Qualität und der lang verpönte Leistungsdruck.

Lernen, wie man lernt

Noch wichtiger aber ist der Abschied vom Gleichheitsdogma, das nicht Gerechtigkeit, sondern Gleichförmigkeit auf niedrigem Niveau gebiert. Es hilft nicht, alle paar Jahrzehnte eine neue globale Studienreform zu verabschieden, denn nirgendwo ist learning by doing wichtiger als im Bildungswesen. Gebt lieber die Freiheit zur Vielförmigkeit; dann merkt man rasch, was nicht funktioniert - und kann es ebenso rasch korrigieren. Gleiches gilt für die Pisa-geplagten Schulen. Statt jedes Mal ideologische Kriege um Schultypen zu führen, machen wir Platz für hundert Blumen, um zu lernen, wie man lernt. Ein erschreckliches Durcheinander? Nicht mit nationalen Standards.

Und die heiligste Kuh, der Arbeitsmarkt? Reden wir nicht von der längeren Arbeitszeit, die jetzt die IG Metall mobilisiert, sondern von § 77 des Betriebsverfassungsgesetzes, der es Betriebsrat und Geschäftsführung verbietet, ohne Öffnungsklausel über Tarifliches zu verhandeln. Die Streichung von Absatz 3 würde zwar die Gewerkschaftsmacht schmälern, aber dem Betriebsrat erlauben, zur Abwehr von Insolvenz oder betriebsbedingter Kündigung

weniger Lohn zu fordern (oder mehr, wenn Profite sprudeln). Wäre das nicht ein kleiner Sieg gegen die hartnäckige Arbeitslosigkeit, der sich tausendfach fortpflanzen würde?

Überhaupt, die Gesetze. Laut Koalitionsvertrag 1998 sollte das Innenministerium die "Regelungsdichte verringern". Bis Sommer 2003 hat die Regierung 544 Gesetze und Verordnungen aufgehoben. Zugleich hat sie 835 neue erlassen, dazu 1204 nicht etwa abgeschafft, sondern "angepasst", will sagen: noch feinmaschiger gestrickt.

Die Moral von diesen Geschichten? Es gibt Reformen, die Peter und Paul etwas wegnehmen - und solche, die beiden etwas geben und die ganze Republik zukunftsfähiger machen. Wenn aber Schröder wähnt, "das Notwendige getan" zu haben, schadet er dem Land und sich selber. Die Feinde heißen "Unglaubwürdigkeit" und "Kanzler Zitterhand". Wer in dieser Phase aufhört, das Land zu verändern, ist wie der Radfahrer, der aufhört zu treten. Er kippt um.

Audio <http://hoeren.zeit.de>

Audio <http://hoeren.zeit.de>